

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

### Gerhard Wegner: *Ökonomischer Liberalismus als politische Theorie*.

Tübingen: Mohr Siebeck, 2012 (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 62), 292 S., ISBN: 978-3-16-151034-2

Eines der immer wiederkehrenden Leitmotive der Theoriegeschichte des Liberalismus ist das Spannungsfeld von liberaler Freiheitsidee und politischer Demokratie. Tocqueville fürchtete sich vor der „Tyrannei der Mehrheit“ und John Stuart Mill glaubte, dass die Demokratie den kreativen Individualismus zugunsten des Mittelmaßes verdrängen könne. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Fokus der Debatte mehr und mehr zu den ökonomischen Aspekten hin verschoben. Insbesondere Ökonomen der Public-Choice-Schule stellten vermehrt die Frage, ob die Demokratie nicht starke Anreize für die Politik setze, die langfristig erfolgreiche Marktwirtschaft allmählich durch kurzfristig gedachte Interventionen zu verdrängen – am Ende zum Nachteil aller.

Der Erfurter Ökonom Gerhard Wegner hat sich in seinem vom ordoliberalen Walter Eucken Institut herausgegebenen Buch „*Ökonomischer Liberalismus als politische Theorie*“ dem Thema ein wenig anders angenommen als das unter Anhängern der Marktwirtschaft sonst üblich ist. Wegner weiß um die Spannungen zwischen der Demokratie und dem ökonomischen Liberalismus, ist aber trotzdem wesentlich weniger demokratiekritisch als andere liberale Ökonomen – etwa die im Buch am häufigsten zitierten Friedrich August von Hayek und James Buchanan. Während die meisten Wirtschaftsliberalen die Demokratie eher als einen Störfaktor sehen, der rationale Erwägungen ökonomischer Natur schwächt und daher zurückgebunden werden muss, sieht Wegner sowohl in der persönlichen Wirtschaftsfreiheit als auch in der demokratischen Partizipation gleichermaßen legitime Ausformungen praktizierter individueller Autonomie. Man dürfe dem Einzelnen nicht verbieten, auch bestimmte kollektive Entscheidungen zu präferieren. Diese Quasi-Gleichstellung verbietet ihm somit die Aushebelung der Demokratie: „Sofern sich Politikziele auf einen offenkundigen gesellschaftlichen Konsens stützen, sollten es Liberale allerdings unterlassen, die Forderung nach politischer Autonomie zu delegitimieren.“ (S.274)

Wegner versucht nun dem Dilemma des Entweder-Oder von Demokratie und Wirtschaftsfreiheit zu entrinnen und den Antagonismus überwinden. Dabei kann er zunächst einmal auf den empirischen Befund zurückgreifen, dass Demokratien in der realen Welt als Hort wirtschaftlicher Freiheit durchaus nicht so schlecht dastehen. Die erfolgreichen Marktreformen, die in den 80er Jahren durchgeführt wurden, gelangen ohne Zurückdrängungen der Demokratie (und – so möchte man hinzufügen – waren in vielen Teilen der Welt mit einer großen Demokratisierungswelle verbunden). In diesem Kontext irritiert es, dass er das minimalstaatliche Ideal der Wirtschaftsfreiheit als ein Ideal beschreibt, das nur Diktaturen praktizierten. Gerade die von ihm heftig kritisierten Indizes der Wirtschaftsfreiheit (z.B. „*Economic Freedom of the World*“) zeigen bei sauberer Auswertung, dass erfolgreiche diktatorisch regierte Marktwirtschaften wie Singapur (wo die Staatsgröße wahrscheinlich den entscheidenden Anreiz zur wirtschaftlichen Offenheit setzt) eine große Ausnahme sind, während die freiesten Wirtschaften fast so durchgängig Demokratien sind wie die unfreiesten Diktaturen.

Die kurzfristige Logik, die der Demokratie gegenüber der offenen Marktordnung von Liberalen oft unterstellt wird, bestreitet Wegner auch nicht, sondern stellt dezidiert fest, dass demokratische Politik die langfristigen Folgen interventionistischer Politik tatsächlich selten antizipiert, sondern meist erst nachgelagert und korrigierend aufgreift. Das könnte man als einen Lernprozess darstellen, der aber in dieser Form auch eine Stärke der Demokratie sei. Hier entwickelt Wegner die Hayeksche Theorie der „spontanen Ordnung“ in eine neue, wohl von Hayek nicht intendierte, Weise fort, indem er von einem Prozess der „Selbstaufklärung einer demokratischen Gesellschaft“ (S.155) spricht. Wegner vertraut dabei auf die Demokratie als „Marktplatz der Ideen“ (S.202), in der ökonomischer Liberalismus als „eine Ideologiekritik der politischen Präferenzen des Souveräns der Demokratie zu konzipieren <sei>, ohne diese Präferenzen extern zu bewerten“ (S.81). Das Kennzeichen der Demokratie sei, dass langfristig schädliche Interventionen, die den Wohlstand gefährden, ja auch langfristig der Beurteilung unterworfen seien. Die Hayeksche „spontane Ordnung“, in der Menschen in einer Welt des Nicht-Wissens ist damit nicht mehr auf eine der politischen Sphäre entgegengesetzten Wirtschaftsprozess beschränkt, sondern umfasst beide Sphären gleichermaßen.

Das sind interessante Thesen, wenngleich sie durchaus noch einige Lücken aufweisen. Auch Wegner will letztlich keine völlig unbeschränkte Demokratie, doch lässt seine Kritik des „prozeduralen“ Wirtschaftsliberalismus, der demokratische Optionen durch Regeln eindämmen will, die Frage offen, wie weit dies überhaupt noch gehen soll. Die gegenüber klassischen Freiheitsrechten gleichwertige Wertung demokratischer Kollektivbeschlüsse lässt solche Beschränkungen nur begrenzt zu. Obendrein, so bemerkt er durchaus mit gutem Grund, sei ein solches Regelwerk realiter mit den Bürgern nicht durchsetzbar. Deshalb ist eine interventionistische Politik für ihn völlig legitim, wenn sie durch Konsens gedeckt ist. Unproblematisch ist das gewiss nicht. Man muss als Gedankenspiel nur einmal annehmen, es ginge nicht um Wirtschaftsfragen, sondern etwa um die Einführung von Folter bei Terrorismusverdächtigen, die nach besonderen Krisenereignissen kurzfristig sehr wohl mehrheitsfähig sein könnte. Hier nur auch die Möglichkeit späterer Selbstkorrektur zu hoffen, erscheint da doch zu kurz zu greifen. Eine Demokratie ohne beschränkende Regeln ist schlechthin undenkbar.

Das macht das Buch aber nicht uninteressanter. In Zeiten, da unter manchen Liberalen eine bisweilen etwas leichtfertige Demokratiekritik ohne Aufzeigung realistischer oder wünschbarer Alternativen um sich greift, ist Wegners Buch schon ein erfrischendes Antidot. Die Behandlung des Spannungsfelds zwischen Demokratie und Wirtschaftsliberalismus hat jedenfalls eine neue Facette hinzugefügt bekommen.

Berlin

Detmar Doering